

Antrag

**der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP und der Gruppe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Verfolgung der Baha'i im Iran

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag,

- in Sorge über die fortwährende Verfolgung der rund 300 000 Angehörigen der Baha'i Religionsgemeinschaft im Iran und der damit einhergehenden Verletzung der Menschenrechte, insbesondere
 - a) den Ausschluß der Baha'i Minderheit von jeglichem gesetzlichen Schutz sowie der Wahrnehmung der bürgerlichen und politischen Rechte;
 - b) des Entzuges bzw. der Beschlagnahmung der Existenzmittel und der Existenzgrundlage von Baha'i sowie der willkürlichen Entlassung bzw. Verweigerung einer Beschäftigung von Baha'i;
 - c) der Verweigerung des Zugangs von Baha'i zu Schulen und Universitäten;
 - d) von Drohungen und Gewaltakten gegen die Baha'i, mit denen sie gezwungen werden sollen, ihrem Glauben abzuschwören;
 - e) der Verweigerung der freien Ausreise für im Iran lebende Baha'i;
- eingedenk seiner Entschließung vom 25. Juli 1981 (Drucksache 9/614)
 1. stellt mit Genugtuung fest, daß seit 1989 keinerlei Hinrichtungen von Baha'i mehr erfolgten und die Zahl willkürlicher Inhaftierungen von Baha'i zurückgegangen ist;
 2. verurteilt jedoch die andauernde Verletzung der Menschenrechte gegenüber allen religiösen Minderheiten im Iran und im besonderen gegenüber den Baha'i, deren Rechte als religiöse Minderheit von der iranischen Verfassung nicht anerkannt werden;

3. fordert die iranische Regierung auf, den Baha'i die amtliche Anerkennung und den Schutz zu gewähren, der gemäß den auch vom Iran ratifizierten Vereinbarungen und Konventionen der UNO über die politischen und bürgerlichen Rechte jeder Minderheit zusteht;
4. ersucht die Bundesregierung und die im Rahmen der politischen Zusammenarbeit tagenden Außenminister der Europäischen Gemeinschaft, bei den iranischen Behörden dringend vorstellig zu werden und die Verletzung der Menschenrechte von religiösen Minderheiten, insbesondere der Angehörigen der Baha'i Religionsgemeinschaft im Rahmen bilateraler Beziehungen beharrlich zur Sprache zu bringen, damit sie in aller Freiheit ihre Religion ausüben und alle bürgerlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte in Anspruch nehmen können.

Bonn, den 4. Dezember 1991

Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Werner Schulz (Berlin) und Gruppe